Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1993)
Heft: 21: Crisi Krise crise : Vorschläge der Gewerkschaften

Artikel: Paket gegen die Krise
Autor: Pedrina, Vasco
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-584263

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PAKET GEGEN DIE KRISE

VON VASCO PEDRINA

Im Krisenjahr 3 muss man leider feststellen, dass die Antwort der Gewerkschaften und der Linken auf die Krise im allgemeinen relativ schwach war. Die Schwächen waren einerseits inhaltlicher Natur, betrafen andererseits aber auch das Terrain der Arbeitsbeziehungen und des politischen Handlungs- und Durchsetzungsvermögens. Die Gewerkschaftsbewegung konnte die vertraglichen Errungenschaften nur mit grosser Mühe einigermassen verteidigen. Sie war auch nicht in der Lage, das materielle Niveau der Verträge zu halten (letztes gravierendes Beispiel: der Krisenartikel in der Maschinenindustrie).

Die Reaktion kam auch zu spät, weil die Krise sowohl in ihrem Ausmass, in ihrer Tiefe (zumindest in bestimmten Branchen) und in ihrer Dauer ziemlich alle überrascht hat.

Dieser Beitrag soll sich und kritisch mit den Vorschlägen zur Überwindung der Krise auseinandersetzen, die von linker Seite in den letzten paar Jahren formuliert wurden. Dazu lässt sich sagen, dass diese Vorschläge eher Lösungsansätze waren, die innerhalb einer gespaltenen Linken gegeneinander ausgespielt wurden, was deren politische Durchsetzungskraft zusätzlich schwächte. Die Gewerkschaften und die Linke müssen deshalb versuchen, die verschiedenen Lösungsansätzen in einem kohärenten Antikrisenprogramm umzusetzen.

Das Impulsprogramm

Nach einem im August 1991 misslungenen Versuch gelang es im Januar 1992 der GBI, den SGB für ein Impulsprogramm zu gewinnen. Die GBI hat sich als erste für ein solches Programm eingesetzt, weil die Baubranche zuerst und am stärksten von der Krise erfasst wurde. Dieses Forderungspaket – das in seinen wesentlichen Punkten auch im zweiten SGB-Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom März 1993 aufgenommen wurde – war ein erster zur Diskussion gestellter Ansatz. Darin wird mit Nachdruck ein antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand in guter keynesianischen Tradition verlangt: Lockerung der Geldpolitik, Aufstockung der Mittel für den Wohnungsbau, Vorziehen von Investitionen im öffentlichen Verkehr und Einführung eines Investitionsbonus für Gemeinden und Kantone.

Die Hauptkritiken der Linken an diesem Programm – und am Investitionsbonus als dessen zentrale Forderung – können wie folgt zusammengefasst werden:

- einerseits wurde der Zeitpunkt kritisiert, indem man auf die Gefahr hinwies, es könne prozyklisch wirken; andererseits wurde es als «baulastig», «strukturerhaltend», «wachstumsorientiert» taxiert (B. Kappeler, ehem. SGB-Sekretär, R. Winkler, SP-Präsident ZH; und die Grünen)
- das Programm sei männerlastig (Feministinnen)
- die Forderungen gäben keine Antwort auf die strukturellen Probleme der Schweizer Wirtschaft (alle bereits genannten Kritiker zusammen mit den Rechten).

Foto Patrick Monnin

Mittlerweile lässt sich eine erste Zwischenbilanz erstellen. Den Investitionsbonus konnten wir zusammen mit der SPS erst im März 1993 im Parlament durchsetzen. Die 250 Mio. wurden von Gemeinden und Kantone innerhalb von wenigen Wochen in Anspruch genommen, was in den nächsten Monaten zur Rettung bzw. Neuschaffung von gegen 10 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und etwa gleich vielen in anderen Branchen führen wird. Auch wenn der Entscheid mit einem Jahr Verzögerung gefasst wurde, bestreitet heute fast niemand mehr, dass er immer noch zum richtigen Zeitpunkt fiel.

«Zum Vorwurf der ‹Baulastigkeit› des Programms», schreibt H. Baumann (Widerspruch, 25/93), «ist festzustellen, dass grundsätzlich fast jedes staatliche Konjunkturprogramm die Bauinvestitionen fördert, da diese nicht nur den grössten Teil aller Investitionen umfassen, sondern Bund, Kantone und Gemeinden auch einen Hauptteil dieser Investitionen vergeben... Und dem Hinweis auf die Strukturerhaltung des Baugewerbes ist entgegenzuhalten, dass die Beschäfti-

gung im Schweizer Baugewerbe inzwischen so dramatisch gesunken ist und derart viele Betriebe verschwunden sind, dass heute die vorhandenen Kapazitäten bereits beträchtlich unter das für die Schweizer Wirtschaft notwendige, langfristige Niveau gesunken sind. Zudem gehen das SGB-Programm sowie das schliesslich von den Räten genehmigte 300-Mio.-Paket über die traditionellen, beschäftigungspolitischen Programme hinaus, indem nicht Ankurbelungsmassnahmen um jeden Preis ergriffen werden. GBI und SPS haben von Anfang an darauf bestanden, dass nur Investitionen gefördert werden, die einem sozialen Bedarf entsprechen und/oder ökologisch sinnvoll sind... Nicht zu unterschätzen ist der ‹Multiplikatoreffekt› von solchen Investitionen.»[1]
Gerade die Umsetzung des Investitionsbonus zeigt, dass es sozial wie ökologisch sinnvolle und erfolgreiche, d.h. kurzfristig beschäftigungswirkende Massnahmen durchaus gibt, und dies entgegen allen Behauptungen der herrschenden neokonservativen Wirtschaftsideologie. Im Ansatz handelt es sich hier um einen Durchbruch, einen Sieg gegen den konservativen Hauptideologen von der NZZ hin bis zur «Finanz und Wirtschaft». Dies bedeutet bei weitem nicht, dass in der Wirtschaftspolitik eine Wende stattgefunden hat. Aber die ausserordentlich harten Attacken gegen den Investitionsbonus und gegen jede andere keynesianische Massnahme drücken nur die Angst vor dem Beginn einer Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik aus. Es ist zu hoffen, dass nach den positiven Erfahrungen des Investitionsbonus die Linke ihre Positionen revidiert, so dass im Kampf für die Aufstockung der Mittel für den Investitionsbonus mit einer einheitlichen Front gerechnet werden kann.
Zu lange wurden die konjunkturellen Ursachen der Krise gegen die strukturellen ausgespielt, selbst in der Linken. Die Vertiefung der Analyse über die beiden Fragenkomplexe und ihrer Wechselwirkung ist natürlich von Bedeutung. Aber sie soll uns in unseren Handlungen nicht blockieren. Sich für konjunkturelle Massnahmen einzusetzen, bedeutet noch nicht, die strukturellen Komponenten der Krise herunterspielen zu wollen oder sie zu unterschätzen. Eine Antwort dazu drängt sich ebenso auf. Und einige wertvolle Ansätze dazu wurden inzwischen auch formuliert:

Industrie- und Strukturpolitik

Industriepolitik ist für die Rechte praktisch kein Thema. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht einer Expertengruppe des Bundes kommt zum Schluss, dass kein Handlungsbedarf im Bereich staatlicher Technologiepolitik bestehe. Selbst die Linke hat in der Schweiz in diesem Bereich keine grosse Tradition, obschon die Formulierung einer Industriepolitik von zentraler Bedeutung für eine alternative Politik wäre. Immerhin haben in den letzten paar Jahren die Gewerkschaften, speziell der SMUV, die frühere GTCP und die GBI einiges geleistet, um den Rückstand aufzuholen und endlich eine aktive Rolle zu spielen. Dabei muss die Präsenz des Staates, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung massiv gestärkt werden, und zwar primär zu Gunsten der kleineren und mittleren Betriebe. Neu sollen aber auch in der zukünftigen Industriepolitik die Vertragspartner aktiver werden – also auch die Gewerkschaften – je nachdem mit oder ohne Staat. Projekte wie «QUBI» beim SMUV, eine Beratungsstelle für Betriebskommissionen und Unternehmungen in Fragen der Arbeitsorganisation und der Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen[2] oder wie das industriepolitische Konzept für die Textilindustrie[3], mit Qualifizierungsprogrammen für ungelernte ArbeitnehmerInnen, zeigen einen konkreten Weg für eine qualitativen Sprung in die gewünschte Richtung. Ein Industriekonzept für den Bereich Chemie steht bei der GBI in der Erarbeitungsphase. Ein Teil der strukturellen Probleme, die durch die rasante technologische Entwicklung verursacht werden, kann damit besser erfasst werden.[4]
Was die neue Strukturpolitik als linke Alternative zum «Revitalisierungsprojekt» der Rechten angeht, verweisen wir auf den interessanten Beitrag von W. Schöni (Widerspruch 23/93) und auf das neue Grundsatzprogramm der GBI.[5]

Aufteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit

Erneutes wirtschaftliches Wachstum in der Grössenordnung von 3% des BSP dürfte pro Jahr bestenfalls 20 000 bis 30 000 der brachliegenden Arbeitskräften neu absorbieren. Ein solches Wirtschaftswachstum scheint in den nächsten Jahren wenig realistisch. Auch werden neue Organisations- und Produktionsmethoden – wie z.B. die «Schlanke Produktion» (lean production) – mit ihrem gewaltigen Schub an Produktivitätssteigerungen dieses mögliche Beschäftigungswachstum erneut mindern.
Aus diesem Grund verlangt die mittel- und langfristige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Schweiz nicht nur antikonjunkturelle Massnahmen, nicht nur eine wesentlich aktivere Arbeitsmarktpolitik (professionelle Beratung in speziellen Zentren, gezielte berufliche Qualifizierung, Berufspraktika und Beschäftigungsprogramme, Starthilfe für selbständige Erwerbstätigkeit, usw.), sondern auch eine konsequente Politik der Umverteilung durch Arbeitszeitverkürzung. Die GBI hat diesbezüglich Thesen veröffentlicht, die den Rahmen ihrer Politik abstecken.[6] Frühzeitige Pensionierung, Reduktion der generellen Wochenarbeitszeit, Bildungsurlaub, Teilzeitarbeit, Ferien sind alles sinnvolle Formen der Arbeitszeitverkürzung. Ihre Beschäftigungswirkung ist jedoch keinesfalls automatisch, wie viele ArbeitnehmerInnen inzwischen wissen. Am wahrscheinlichsten wird die Beschäftigungswirkung jedoch da eintreten, wo relativ schnell grössere Schritten vollzogen werden.
Die Gewerkschaften des öffentlichen Bereiches diskutieren und verhandeln über die Arbeitszeitverkürzung mit Lohneinbussen. Im Gegensatz zu den öffentlichen Gewerkschaften sind wir der Meinung, dass eine Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden pro Woche nicht mit Lohneinbussen «erkauft» werden soll. Bei weitergehenden Schritte sind bei den unteren Einkommen Reallohneinbussen ebenfalls ausgeschlossen, da sie zu Verarmung oder Schwarzarbeit führen würden; bei mittleren und höheren Einkommen können Konzessionen diskutiert werden. Zentral bleibt, dass solche Schritte mit einer durch die Gewerkschaften und die Arbeitnehmervertretung kontrollierbaren Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden werden müssen, wobei wir uns bewusst sind, dass die Kontrolle der Beschäftigungswirkung im privaten Sektor und insbesondere in den kleinen und mittleren Betrieben noch schwieriger ist als im öffentlichen Bereich. Wir plädieren für die «Sozialisierung» eines Teils der entstehenden Kosten, welche die einzelbetrieblichen (bzw. Branchen-) Möglichkeiten übersteigen. Ein erster Schritt könnte im Rahmen der bevorstehenden Revision der Arbeitslosenversicherung gemacht werden, und dies mit der Förderung von arbeitszeitverkürzenden, an ein Bonussystem gekoppelten Massnahmen. Dies sollte z.B. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Freistellung älterer ArbeitnehmerInnen ermöglichen, d.h. eine frühzeitige, durch Staat, Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen finanzierte Pensionierung. Volksinitiativen wie in St. Gal-

len, Bern, Waadt oder Genf, die Solidarsteuern bei mittleren und höhere Einkommen zu Gunsten der Bekämpfung der Krise fordern, zeigen den Weg der möglichen Finanzierung.
Eine solche Politik lässt sich in der Schweiz nicht ohne eine grosse und soziale Bewegung durchsetzen. Der Widerstand seitens der Arbeitgeber wird sehr hart sein. Deshalb müssen wir die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, indem wir für die Lohnabhängigen glaubwürdige Forderungen aufstellen und die notwendigen Schritte unternehmen, um unsere eigene Basis dafür zu gewinnen. Die vorhandenen Ängste sind gross, die Erfahrungen der Vergangenheit oft negativ (Stresszunahme bei zu geringen Schritten zur Arbeitszeitreduktion), das Solidaritätsbewusstsein ungenügend. Diese Hindernisse müssen überwunden werden.

Absicherung des «Ausgehens der Arbeit» (garantiertes Mindesteinkommen)

Von einem Teil der Linken (und der Feministinnen) wird – in Anlehnung an A. Gorz – die These vertreten, dass die Arbeit sowieso ausgeht, dass es in dieser Gesellschaft sowieso zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes kommt, in dem mindestens ein Drittel keinen Platz im Wirtschaftsapparat mehr hat. Für diesen Drittel stellt sich die Frage der Einführung eines garantierten Mindesteinkommens. Die Idee ist nicht neu, sie wurde ursprünglich sogar von Milton Friedman, dem berühmtesten der reaktionären Ökonomen, lanciert. Diese Idee hat in den letzten Jahren insbesondere in der SPS zu interessanten Auseinandersetzungen geführt.[7]
Wir sind der festen Überzeugung, dass eine relative Vollbeschäftigung für die Schweiz immer noch ein realistisches und sinnvolles Ziel ist. Deswegen plädieren wir schwergewichtig für antizyklische Massnahmen, für die Umverteilung der Arbeit usw. Die Horrorvision einer gespaltenen Gesellschaft – mit einem Drittel oder mehr Arbeitslosen oder ArbeitnehmerInnen in absolut prekären Verhältnissen – müssen wir mit allen Mittel verhindern. Tatsache ist aber, dass schon heute ein Teil der Leute «ausgegrenzt» wird. Einen generellen Ersatz der heutigen Sozialversicherungen durch ein GME (garantiertes Mindesteinkommen) scheint uns nicht sinnvoll. Wir würden damit die Festigung eines gespaltenen Arbeitsmarktes riskieren. Ein GME in Form einer Ergänzung zu den heutigen Sozialversicherungen wäre bestimmt sinnvoller und ist eher anzustreben, um die neue und alte Armut zu bekämpfen, ohne dass damit die sogennante «Zweidrittelgesellschaft» gefestigt würde.

Massnahmenpaket gegen die Erwerbslosigkeit von Frauen

In wirtschaftlichen Krisenzeiten haben Frauen die negativen Folgen doppelt zu tragen. Deshalb werden mit Nachdruck spezifische Massnahmen für Frauen verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Juni eine parlamentarische Initiative für die Jahre 1994/96 eingereicht, die einen Rahmenkredit von 200 Mio. Franken zur Vorbeugung und Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit vorsieht.[8] Nach Nationalrätin Christine Goll sollen damit frauenspezifische Bildungs- und Beschäftigungsprogramme, Projekte für Wiedereinsteigerinnen oder zur Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit von Frauen, betriebliche Massnahmen zur Erhaltung und Schaffung von sozial und rechtlich abgesicherten Teilzeitstellen sowie die Schaffung von ausserhäuslichen Kinderbetreuungsangeboten finanziert werden. Bundesbeiträge bis zu 25% sollen dafür zur Verfügung gestellt werden, was einer neuen und sinnvollen Version des Investitionsbonus gleichkäme. Damit wird auch ein Weg gezeigt in Richtung Schaffung von Arbeitsplätzen durch Ausweitung des öffentlichen Bereiches. Man muss sich keine Illusionen machen. Der Widerstand gegen Projekte, für die an und für sich ein grosser sozialer Bedarf besteht und besonders den Frauen etwas bringt, etwa im Gesundheitsbereich, im Erziehungssektor und bei der Kinderbetreuung, ist noch wesentlich grösser als im Falle der Bauinvestitionen. Solche Projekte sind oft mit kontinuierlichen, nicht einmaligen Folgekosten verbunden und stehen der Ideologie und der Politik der Bürgerlichen diametral gegenüber. Trotzdem muss sich man/frau mit Vehemenz dafür einsetzen. Diese Projekte zeigen im Ansatz den Weg einer echten Alternative. Sie ersetzen aber nicht die mittel- und langfristige – z.T. auch für die Arbeitnehmerschaft schmerzhafte – Perspektive der Neuverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern.

Schlussbemerkungen

Es gibt bestimmt noch andere Ansätze gegenüber der Krise. Zu erwähnen ist die Fundamentalkritik gegen das herrschende kapitalistische System, wie sie insbesondere von einem Teil der Genfer Gewerkschaftsbewegung vertreten wird (siehe Beitrag von E. Décarro). In einer Zeit der Orientierungslosigkeit ist eine grundsätzliche Analyse und Einschätzung der herrschenden Wirtschafts- und Sozialmechanismen von zentraler Bedeutung, umso mehr als wir hier wahrscheinlich nicht mit einer vorübergehenden und krisenbedingten Verhärtung der Arbeitgeberschaft, sondern, mit einer historischen Wende der Unternehmerpolitik gegenüber den «Sozialpartnern» in diesem Land konfrontiert werden. Wir laufen aber Gefahr, dass man mit einem solchen Ansatz nicht über eine Analyse hinauskommt oder zu nur defensiven Strategien übergeht. Die Auseinandersetzung mit den wichtigsten linken Ansätzen zur Krisenbekämpfung zeigt, dass es durchaus möglich und sinnvoll ist, diese in eine koordinierte Strategie zu integrieren, auch wenn sie oft von einer unterschiedlichen Einschätzung der Natur und der Folgen der Krise ausgehen und auch wenn sie bis jetzt oft gegeneinander ausgespielt wurden. Unsere dringlichste Aufgabe besteht nicht nur darin, einen minimalen Konsens in der Einschätzung dieser Krise zu finden, sondern auch ein «integriertes Paket» zu erarbeiten, das eine überzeugende Synthese darstellt. Eine Klärung unseres wirtschaftspolitischen Kurses ist ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Schwächen der Gewerkschaftsbewegung.

1 Hans Baumann «Gegensteuer: Gewerkschaften machen mobil», Widerspruch 25/93.

2 QUBI (Qualifizieren, Bilden) – ein SMUV-Projekt für Qualifizierung und Beratung für soziale Innovation.

3 GTCP/GBI «Industriepolitische Zielsetzungen für die Textilbranche», 1992.

4 Siehe SGB-Thesen zur Industriepolitik 1992, Artikel Schäppi/Schöni in «Widerspruch» 24/92 und Schöni in «Widerspruch» 25/93.

5 Walter Schöni, «Neue Strukturpolitik statt Revitalisierung», «Widerspruch» 25/93; Grundsatzprogramm und Leitbild der GBi, 1993, bei der GBI umsonst erhältlich.

6 GBI-Thesen zur Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungspolitik – Juni 1993.

7 SPS-Dokumentation zur GME, 1992.

8 SPS-Pressedienst vom Juni 1993.

■